

Städte für Menschen

Erwartungen und Forderungen des Deutschen Städtetages
an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung

Beschlossen vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages
am 24. Februar 2021

Kurzfassung



Die zehn Hauptforderungen des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung

Präambel – Städte für Menschen

Städte sind Orte für Menschen. Sie gestalten das Leben vor Ort. Die Corona-Pandemie hat alle Bereiche des Lebens getroffen. Sie wird vieles für immer verändern. Die kommunale Selbstverwaltung hat sich in der Krise mehr als bewährt. Sie sollte gestärkt werden. Die tiefgreifenden Folgen dieser Krise zu bewältigen, wird eine enorme Kraftanstrengung für uns alle.

Wir werden uns noch mehr für Chancengerechtigkeit und Teilhabe einsetzen müssen, für Kinder, für Familien und für jede und jeden Einzelnen. Die Kultur, der Handel und die Wirtschaft brauchen unsere Unterstützung. Und wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern wieder Zuversicht geben. Die Städte nehmen ihre Verantwortung wahr. Und sie sehen auch die Chancen in der Veränderung. Wir können den Digitalisierungsschub nutzen, um unsere Städte noch zukunftsfähiger aufzustellen. Auch in den Klimaschutz, in moderne Mobilität und in Nachhaltigkeit müssen wir für die moderne, lebenswerte Stadt investieren. Und wir müssen unsere Stimme als starke Partner in Europa und der Welt erheben.

Gemeinsam müssen wir es schaffen, die Lebensqualität in den Städten für die Bürgerinnen und Bürger nach der Pandemie zu erhalten und weiter zu entwickeln. Dabei müssen die Nachhaltigkeitsziele und das Suffizienzprinzip verfolgt werden. Ohne ein verändertes Konsum- und Produktionsverhalten können die Nachhaltigkeitsziele nicht erreicht werden.

All das geht nur mit starken Städten. Mit Städten, die finanziellen Handlungsspielraum haben und so handlungsfähig bleiben. Aktuell müssen hierfür die Gewerbesteuerausfälle in den Jahren 2021 und 2022 ebenfalls kompensiert werden. Auch langfristig braucht es am Ende die Unterstützung durch den Bund. Wichtig ist, die Städte frühzeitig in die Entscheidungen von Bund und Ländern einzubinden.

Vor diesem Hintergrund legt der Deutsche Städtetag für die nächste Legislaturperiode seine Erwartungen und Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung vor.

1. Innenstädte lebenswert gestalten



Foto: © OSJAR marketing gmbh / Stefan Schiefer

Innenstädte und Zentren sind identitätsstiftende und integrierende Orte des urbanen Lebens. Sie sind geprägt durch Handel, Wohnen, Arbeit, Kultur, Tourismus und die Begegnung von Menschen. Die Corona-Pandemie hat die Innenstädte, die Quartiere und die Stadtteilzentren verändert. Wir müssen sie neu denken, neue Konzepte entwickeln. Dafür braucht es die Unterstützung des Bundes. Es braucht ein Förderprogramm „Innenstadt“, mehr Handlungsspielraum in der Städtebauförderung und kommunale Vorkaufsrechte zum gutachterlichen Verkehrswert. Der „Beirat Innenstadt“ muss institutionalisiert und die Kommunen durch ein bundesweites Service- und Kompetenzzentrum für die Transformation der Innenstädte unterstützt werden.

2. Ganztagsbetreuung und Digitalisierung in der Bildung garantieren

Gute Bildung braucht ein abgestimmtes Vorgehen Aller. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam Bildungsstrategien entwickeln und in die Zukunft der Bildung investieren. Dies gelingt nur durch eine Zusammenarbeit im Sinne eines „kooperativen Föderalismus“. Der Digitalpakt und die zusätzlichen Corona-Mittel waren erste wichtige Schritte. Förderprogramme sind jedoch zu kurz gedacht. Wir brauchen eine nachhaltige Unterstützung vom Bund auch für Betrieb und Personal. Das gilt auch für den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder. Die Städte benötigen einen realistischen Zeitplan und hinreichend Finanzmittel, um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung umsetzen zu können.



Foto: @contrastwerkstatt - stock.adobe.com

3. Gleiche Chancen mit der Kindergrundsicherung ermöglichen



Foto: @Deutscher Städtetag / Tobias Fricke

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Wir wollen Kinderarmut vermeiden und die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen verbessern. Ein Weg ist die existenzsichernde Kindergrundsicherung. In dieser müssen das Kindergeld, der Kinderzuschlag und Regelleistungen nach SGB II und XII zusammengefasst werden. Die Kindergrundsicherung als Bundesleistung kann die Kommunen entlasten. Die Städte gewährleisten bereits die soziale Infrastruktur für alle Familien vor Ort. Auch hier kann weitere Unterstützung von Bund und Ländern helfen.

4. Sichere Zukunft für die Kultur aufzeigen

Kunst und Kultur brauchen wir alle. Von den Clubs über die Theater bis hin zu Museen und zur Kreativszene. Wie viel davon nach der Pandemie erhalten bleibt, können wir beeinflussen. Es braucht eine nachhaltige Kulturförderung durch den Bund. Diese muss den Erhalt, den Ausbau und die Vielfalt der kulturellen Infrastruktur unterstützen. Innovation und Digitalisierung sind dabei wichtige Schwerpunkte. Auch die kulturelle Bildung ist mitzudenken. Die Pandemie hat die prekäre wirtschaftliche Situation insbesondere von Kulturschaffenden verdeutlicht. Der Bund muss ihre soziale und wirtschaftliche Absicherung verbessern.



Foto: @Janis - stock.adobe.com

5. Integration fördern und finanziell absichern



Foto: © nebenan.de Stiftung / „WELCOME Treff“

Die Integration von Schutzsuchenden bleibt eine zentrale kommunale Herausforderung der kommenden Jahre. Integration muss früh beginnen – in Kitas, in Schulen, in Integrationskursen und auf dem Arbeitsmarkt. Erfolgreiche Integration erfordert ausreichende finanzielle Mittel. Der Bund muss sich dauerhaft und angemessen an den Kosten dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe beteiligen. Zur Migrationspolitik gehört auch, den Menschen eine Perspektive zu geben. Die Menschen müssen schneller Klarheit über ihren Status bekommen. Asylverfahren müssen beschleunigt werden. Darüber hinaus muss es endlich gelingen, in Europa zu einer solidarischen und fairen Verteilung von Geflüchteten zu kommen.

6. Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

Städte sind Zuhause. Wir müssen bezahlbaren Wohnraum für die Menschen in unseren Städten schaffen. Es kommt darauf an, den Wohnungsbau zu fördern, den Zugriff auf Bauflächen zu erleichtern und den Anstieg von Preisen bei Bauland, Baukosten und Mieten zu dämpfen. Entscheidend ist eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Bodenpolitik. Kommunale Bodenfonds sind ein geeignetes Instrument. Der Erwerb von Grund und Boden zum Verkehrswert muss möglich sein. Und die Mittel für die soziale Wohnraumförderung von Bund und Ländern müssen erhöht werden.



Foto: © Deutscher Städtetag / Anja Vohl

7. Nachhaltige Mobilität in den Städten fördern



Foto: © Kölner Verkehrs-Betriebe AG / Christoph Seelbach
Foto: © Deutscher Städtetag / Tobias Fricke

Der Raum in der Stadt ist endlich. Auto, Rad, Fuß und ÖPNV brauchen Platz. Der Mix ist das Ziel. Zentrale Aufgabe nach der Pandemie wird es sein, den ÖPNV zu stärken. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Busse und Bahnen muss erneut gewonnen werden. Dazu gehört es auch, den öffentlichen Nahverkehr als Kern des Klimaschutzes auszubauen. Der Antriebswechsel und die Elektromobilität müssen vorangetrieben werden. Darüber hinaus müssen Städte in Modellprojekte moderner Mobilität investieren können. Digitalisierung und Vernetzung im Verkehr sind wichtige Themen. Auch eine klimaverträgliche und nachhaltige Logistik gehören dazu. Dafür brauchen die Städte mehr Handlungsspielräume vor Ort. Und sie brauchen finanzielle Unterstützung vom Bund.

8. Den Weg für mehr Klimaschutz ebnen



Viele Kommunen wollen das Ziel der Klimaneutralität schneller erreichen als bis zum Jahr 2050. Die Städte investieren in erneuerbare Energien und die energetische Gebäudesanierung. Sie mildern die Folgen der Klimaanpassung vor Ort. Die Kommunen sichern die Daseinsvorsorge in den Bereichen Trinkwasser, Abwasser und Abfall. Dafür brauchen sie Handlungsspielraum. Wir verstehen den Klimaschutz als gemeinsamen Auftrag von Bund, Ländern und Kommunen. Es braucht daher einen geeigneten Rechtsrahmen und eine ausreichende Finanzierung.

9. Digitalisierung selbstbestimmt voranbringen

Wir müssen die Stadt digital denken. Die Städte müssen auch im digitalen Raum selbstbestimmt handeln können. Die digitale Souveränität geht nur mit Vernetzung, Austausch, Qualifizierung und einer auskömmlichen Finanzierung. Die Städte sind auf einem guten Weg, die Verwaltung zukunftsfähig und digital aufzustellen. Aber auch hier gibt es Stellschrauben. Es braucht zentrale Verfahren und IT-Lösungen bei Auftragsangelegenheiten. Und es braucht auch hier finanzielle Handlungsspielräume. Eine moderne, digitale Verwaltung setzt eine leistungsfähige Infrastruktur voraus. Deshalb müssen Glasfaser und 5G schnell ausgebaut werden.



10. Kommunale Einnahmen und Investitionen sichern



Städte sind Orte für Menschen. Sie gestalten das Leben vor Ort. Sie investieren in die Zukunft, in frühkindliche Bildung, in die Schulen, in die Innenstädte, in das Gesundheitssystem, den ÖPNV, den Klimaschutz, die Digitalisierung. Dafür brauchen sie finanzielle Stabilität und Planbarkeit. Der Bund muss die Gewerbesteuerausfälle auch in den Jahren 2021 und 2022 kompensieren. Um langfristig und dauerhaft besser investieren zu können, braucht es insgesamt einen größeren Anteil der Städte und Gemeinden am Steueraufkommen. Förderprogramme sind ein weiterer Weg für mehr finanziellen Handlungsspielraum. Die Programme müssen jedoch gebündelt werden und in der Umsetzung handhabbar bleiben. Schließlich braucht es in der neuen Legislatur auch die Lösung der Altschuldenfrage.